

Von: Thomas Kuehn [<mailto:thomas.kuehn-rz@gmx.de>]

Gesendet: Montag, 24. September 2018 13:48

An: Ottfried Feußner; Bürgermeister Rainer Voß

Betreff: Antrag Strassenausbau-Beiträge

Sehr geehrter Herr Feussner,

hier jetzt der Antrag mit Begründung.

Grüße,

Thomas KUEHN



Die FDP beantragt, die Stadtvertretung möge beschliessen:

Die Stadt Ratzeburg verzichtet zukünftig auf Straßenausbau-Beiträge. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Satzungsänderungen zu erarbeiten und der Stadtvertretung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Zur Begründung:

Strassenausbau-Beiträge waren immer höchst umstritten, weil die Bürgerinnen und Bürger mit hohen Kosten belastet werden, obwohl sie einem Strassenausbau meist nicht wollten (siehe Schulstraße/ Seestraße). Die Landesregierung hat jetzt die Möglichkeit geschaffen, dass Kommunen auf diese Beiträge verzichten können. Viele Kommunen in Schleswig Holstein haben das bereits schon so beschlossen. Die Stadt Ratzeburg sollte sich auch zu diesem Schritt entschliessen. Denn:

1. Die Bürger werden mit hohen Kosten belastet (bei der Domstraße um die 20.000 Euro pro Haus). Nicht jeder kann sich das leisten.
2. Die Bürger sind an einem vernünftigen Zustand ihrer Strasse interessiert. Sanierungen müssen bei städtischen Strassen auch von der Stadt bezahlt werden. Strassenausplanungen und Umsetzungen werden als Trick empfunden, die Bürger an den Kosten zu beteiligen.
3. Die Stadt kann leichter planen, weil die Anwohner keinen Mitfinanzierungsdruck verspüren und den neuen Ideen aufgeschlossener gegenüber stehen.
4. Die Kommunen bekommen von dem Land erhebliche zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Mit diesen Geldern kann zumindest ein großer Teil eines Strassenausbaus finanziert werden.

Der Antrag wird als Tischvorlage präsentiert, weil aus Sicht der FDP Eilbedürftigkeit besteht. Die Anwohner der Domstraße haben ein Recht darauf, möglichst früh zu erfahren, mit welchen finanziellen Belastungen sie rechnen müssen. Gleichzeitig können zusätzliche Kosten, die durch diesen Beschluss entstehen, bereits in die Finanzplanungen der Stadt für die kommenden Jahre eingeplant werden.